Umweltinstitut München e.V.

mit

GREENPEACE

FRIDAYS FOR FUTURE

BUND

omas for future

Herzlich Willkommen

Webinar zum offenen Brief „Raus aus der Gaskostenfalle“

19.03.2026, 19 bis 20 Uhr



Programm

19:00 Uhr	Begrüßung
19:10 Uhr	Warum haben wir den Brief geschrieben?
19:25 Uhr	Das könnt ihr jetzt vor Ort tun
19:45 Uhr	Fragen und Antworten
20:00 Uhr	Ende



Warum haben wir den Brief geschrieben?

Ntv

Sorge vor Lieferengpass: Gaspreis steigt nach Attacke auf Gasfeld zeitweise um 30 Prozent

vor 8 Stunden

BILD

35 Prozent rauf: Gaspreis-Knall wegen Iran-Krieg

vor 8 Stunden

Berliner Morgenpost

Irans Angriff auf Energie-Infrastruktur am Golf lässt Gaspreis explodieren

vor 6 Stunden

WELT

Krieg im Iran: Gaspreis in Europa schnellt in die Höhe, Ölpreis steigt – Verluste an…

vor 9 Stunden

tagesschau.de

Trump droht Iran: Warum die Gaspreise jetzt so stark steigen

vor 1 Stunde

FAZ

Iran-Krieg: Gaspreis steigt nach Angriffen weiter

vor 7 Stunden

Merkur

Nach Angriff in Katar: Iran-Krieg treibt Gaspreis auf Rekordhoch

vor 7 Stunden

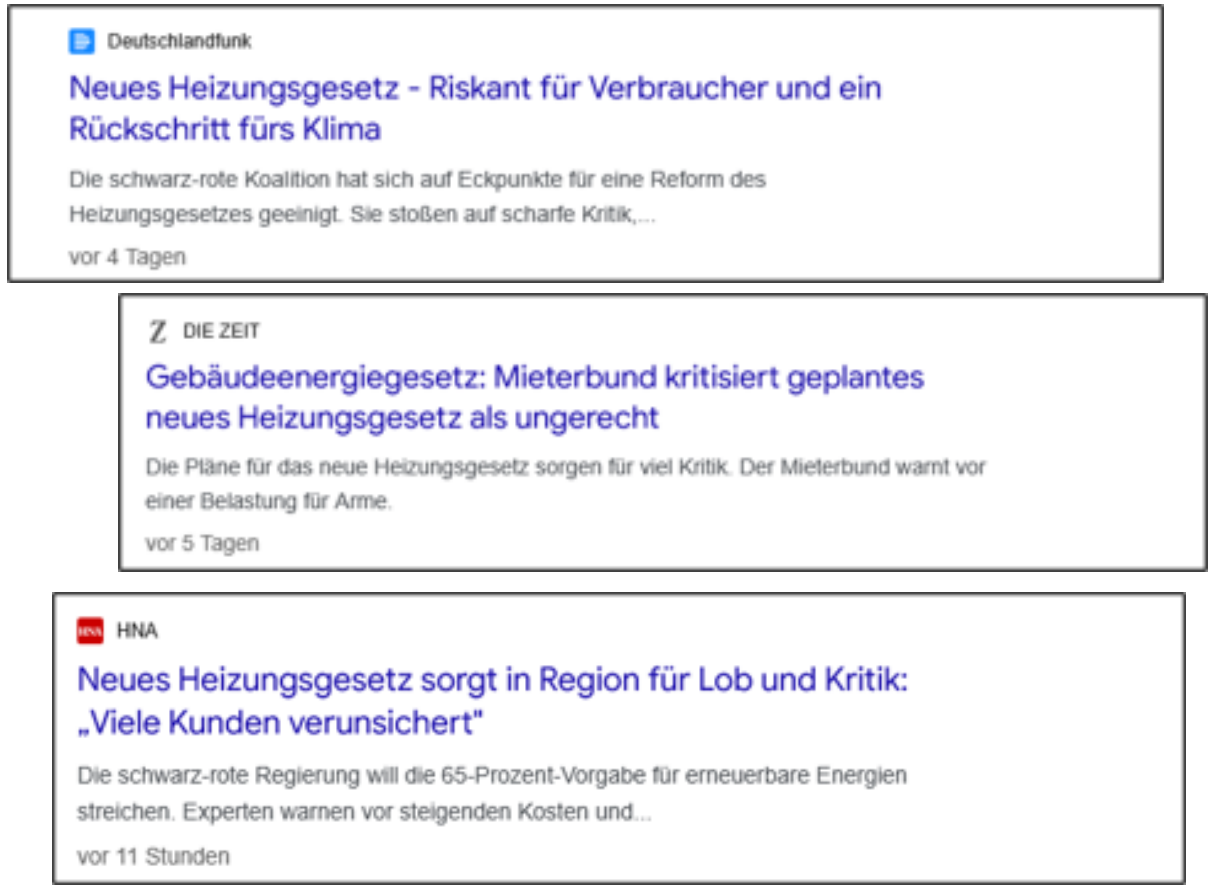
„Heizungsgesetz wird abgeschafft“

= Frontalangriff auf die Wärmewende
= Worst-Case Szenario

Das Gebäude-Energie-Gesetz ist …

- extrem wirksam
- sehr stabil
- "technologieoffen"
- quasi unersetzlich

Jetzt haben wir: noch mehr <u>Chaos</u>



Was steht im GMG-Eckpunktepapier?

(GMG = Gebäude-Modernisierungs-Gesetz)

65%-Erneuerbaren-Regel für neue Heizungen wird **gestrichen**

Grüngas-/Grünölquote: angeblich grüne Gase und Öle sollen ab 2028 schrittweise in kleinen Mengen einsetzen werden – startet mit läppischen bis zu 1 %
-> Verfügbarkeits- & Kostenproblem!

Biotreppe: neu eingebaute Öl- und Gasheizungen müssen ab 1.1.2029 mit zunehmenden Anteil "CO2-neutraler" Brennstoffe betrieben werden – startet mit geringen 10 %, weiterer Anstieg bis 2040 noch völlig unklar
-> Problemverschiebung in die Zukunft

Betriebsverbot für **fossile Heizungen nach 31.12.2044** wird gestrichen

Was steht im GMG-Eckpunktepapier?

(GMG = Gebäude-Modernisierungs-Gesetz)

Kommunale Wärmeplanung: kleine Kommunen unter 15.000 Einwohnende sollen weniger Pflichten haben

Förderung soll "bleiben" – wie viel keine Ahnung:
"Die auskömmliche Finanzierung der Bundesförderung effiziente Gebäude (BEG) wird bis mindestens 2029 sichergestellt."

Mieter:innen-Schutz? – nicht konkret vorhanden:
"Es bedarf einer Regelung zum Schutz der Mieter vor überhöhten Nebenkosten durch den Neueinbau unwirtschaftlicher Heizungen."

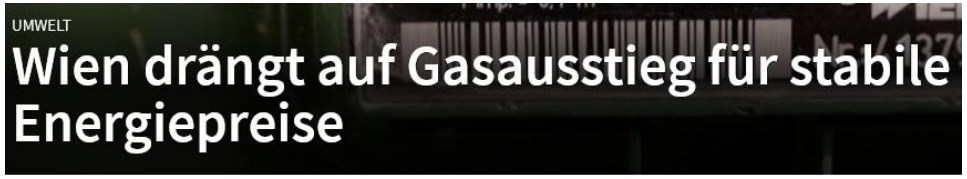
Warum herrscht jetzt Planungsunsicherheit?

- → Wann können erste Gasleitungen stillgelegt werden?
- → Wo lohnt sich ein Wärmenetz?
- → Wann und wo muss das Stromnetz ausgebaut werden?
- → Was sollen Energieberater:innen empfehlen?
- → Was will die Bundesregierung finanziell fördern?
- → Wie soll die Industrie dekarbonisieren?
- → Was passiert mit Biogasanlagen vor Ort?









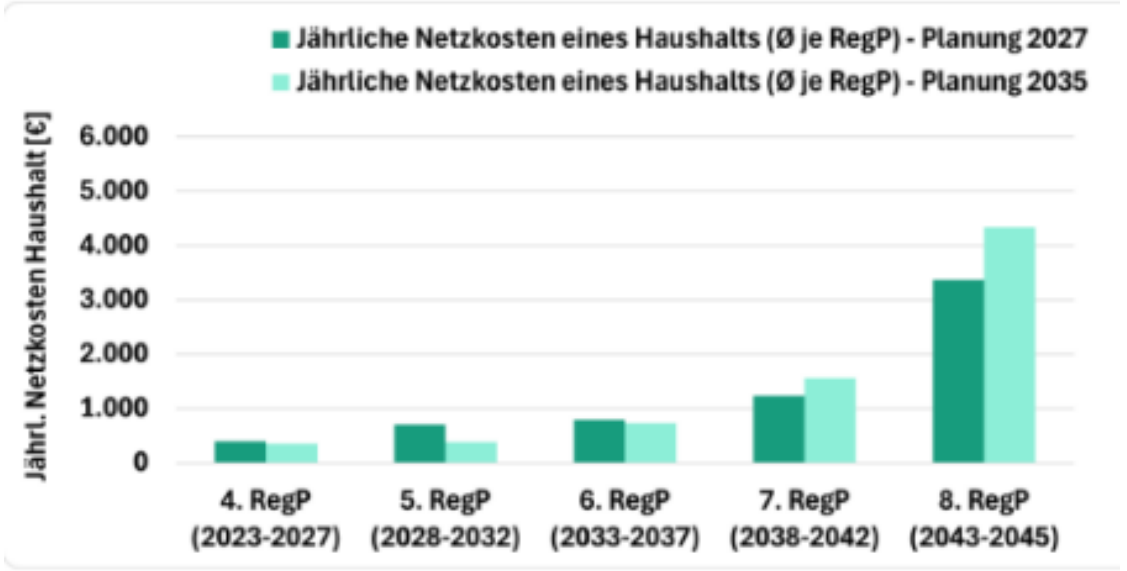
Warum ist das teuer?

→ Netzkosten verteilen sich auf weniger Kund:innen

→ Den letzten Gaskund:innen drohen jährliche Mehrkosten von bis zu 4000 Euro

→ Erneuerbare Gase sind extrem teuer (350 Euro Mehrkosten pro Jahr bis 2035 erwartet)

→ CO2-Preis steigt

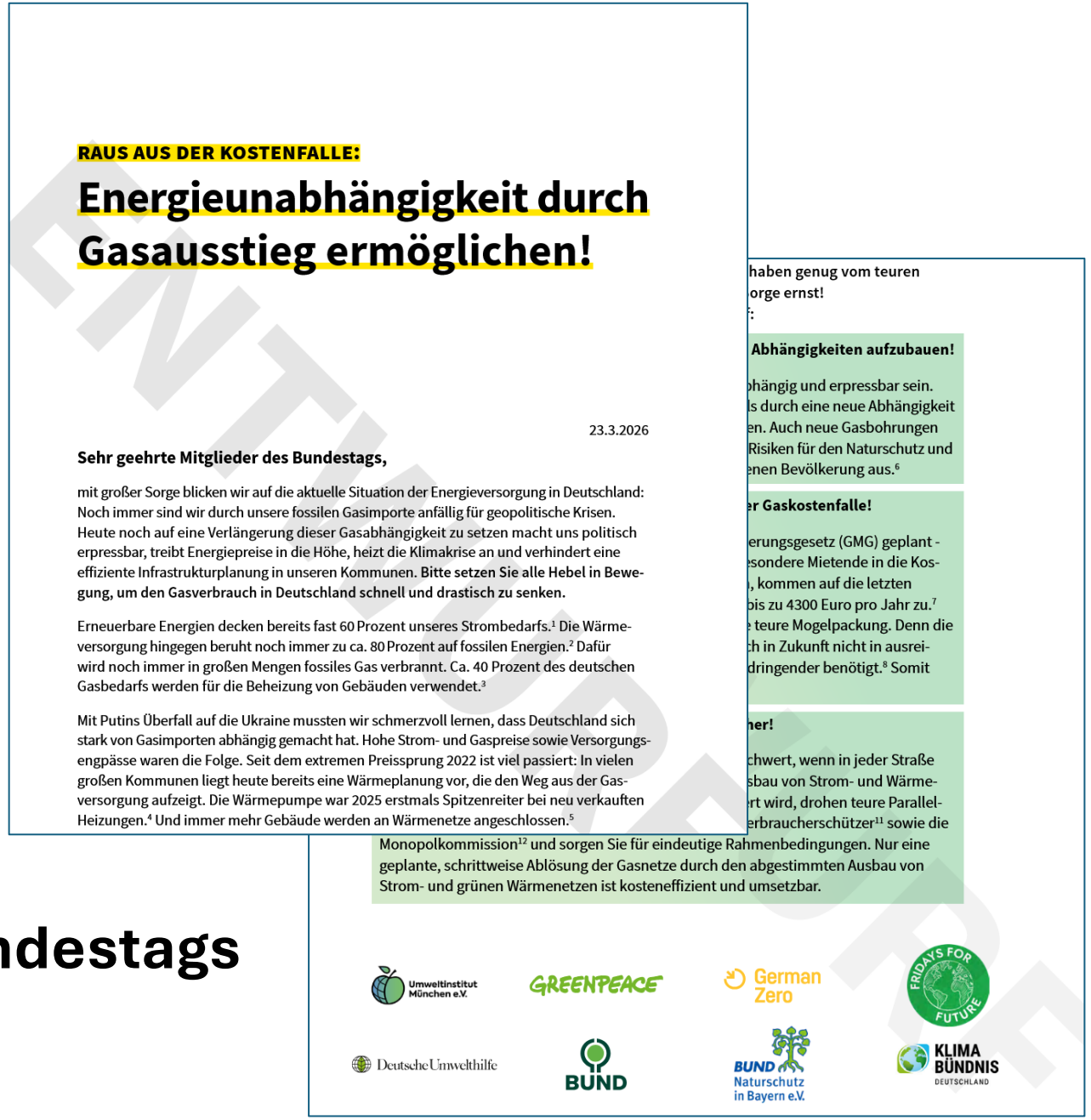


(b) Jährliche Netzkosten eines Haushalts

Quelle: Fraunhofer IFAM
https://umweltinstitut.org/energie-und-klima/gasausstieg/gasnetz-studie/

Offener Brief

→ An alle Mitglieder des Bundestags



RAUS AUS DER KOSTENFALLE:

Energieunabhängigkeit durch Gasausstieg ermöglichen!

23.3.2026

Sehr geehrte Mitglieder des Bundestags,

mit großer Sorge blicken wir auf die aktuelle Situation der Energieversorgung in Deutschland: Noch immer sind wir durch unsere fossilen Gasimporte anfällig für geopolitische Krisen. Heute noch auf eine Verlängerung dieser Gasabhängigkeit zu setzen macht uns politisch erpressbar, treibt Energiepreise in die Höhe, heizt die Klimakrise an und verhindert eine effiziente Infrastrukturplanung in unseren Kommunen. **Bitte setzen Sie alle Hebel in Bewegung, um den Gasverbrauch in Deutschland schnell und drastisch zu senken.**

Erneuerbare Energien decken bereits fast 60 Prozent unseres Strombedarfs.[1] Die Wärmeversorgung hingegen beruht noch immer zu ca. 80 Prozent auf fossilen Energien.[2] Dafür wird noch immer in großen Mengen fossiles Gas verbrannt. Ca. 40 Prozent des deutschen Gasbedarfs werden für die Beheizung von Gebäuden verwendet.[3]

Mit Putins Überfall auf die Ukraine mussten wir schmerzvoll lernen, dass Deutschland sich stark von Gasimporten abhängig gemacht hat. Hohe Strom- und Gaspreise sowie Versorgungsengpässe waren die Folge. Seit dem extremen Preissprung 2022 ist viel passiert: In vielen großen Kommunen liegt heute bereits eine Wärmeplanung vor, die den Weg aus der Gasversorgung aufzeigt. Die Wärmepumpe war 2025 erstmals Spitzenreiter bei neu verkauften Heizungen.[4] Und immer mehr Gebäude werden an Wärmenetze angeschlossen.[5]

haben genug vom teuren
orge ernst!

Abhängigkeiten aufzubauen!

hängig und erpressbar sein.
s durch eine neue Abhängigkeit
en. Auch neue Gasbohrungen
Risiken für den Naturschutz und
enen Bevölkerung aus.[6]

r Gaskostenfalle!

erungsgesetz (GMG) geplant -
esondere Mietende in die Kos-
, kommen auf die letzten
is zu 4300 Euro pro Jahr zu.[7]
teure Mogelpackung. Denn die
h in Zukunft nicht in ausrei-
dringender benötigt.[8] Somit

her!

chwert, wenn in jeder Straße
sbau von Strom- und Wärme-
rt wird, drohen teure Parallel-
erbraucherschützer[11] sowie die
Monopolkommission[12] und sorgen Sie für eindeutige Rahmenbedingungen. Nur eine geplante, schrittweise Ablösung der Gasnetze durch den abgestimmten Ausbau von Strom- und grünen Wärmenetzen ist kosteneffizient und umsetzbar.

Umweltinstitut München e.V. · GREENPEACE · German Zero · FRIDAYS FOR FUTURE · Deutsche Umwelthilfe · BUND · BUND Naturschutz in Bayern e.V. · KLIMA BÜNDNIS DEUTSCHLAND

ENTWURF

Was wollen wir?

1) Reduzieren Sie unsere Gasimporte, anstatt neue Abhängigkeiten aufzubauen!
2) Schützen Sie Ihre Bürger:innen vor der Gaskostenfalle!
3) Stellen Sie Planungssicherheit auf lokaler Ebene her!

Konkrete Forderungen sind demnach:

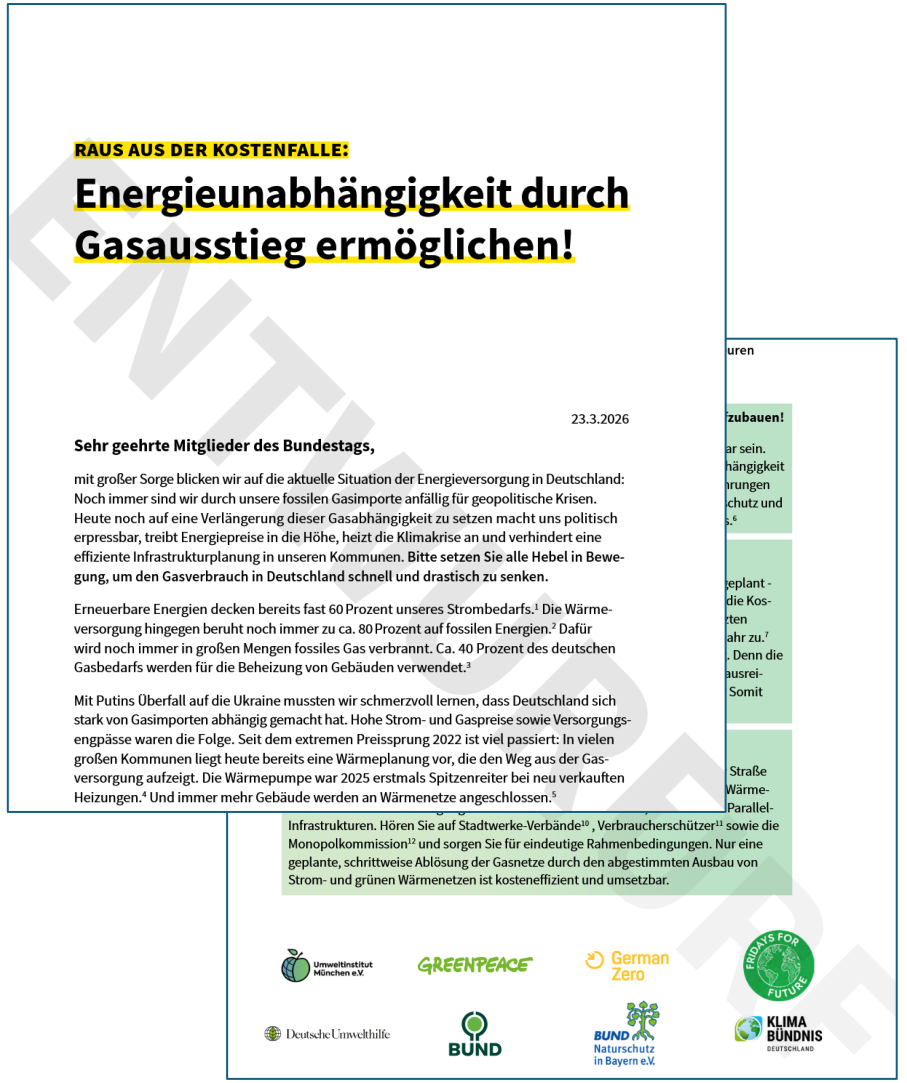
→GMG darf so nicht kommen!

→Verbindliche Frist für Stilllegungsplanung durch Gasnetzbetreiber (Festlegung im EnWG = Energiewirtschaftsgesetz)

Veröffentlichung des Briefes

- Am 24.03. per Pressemitteilung
- Am 25.03. mit Protest vor dem Bundeskanzleramt
- Danach werden wir über 300 Briefe bei den Abgeordnetenbüros in Berlin abliefern

→ Ihr bekommt die finale Version mit allen Logos voraussichtlich am Dienstag zugesandt



RAUS AUS DER KOSTENFALLE:

Energieunabhängigkeit durch Gasausstieg ermöglichen!

23.3.2026

Sehr geehrte Mitglieder des Bundestags,

mit großer Sorge blicken wir auf die aktuelle Situation der Energieversorgung in Deutschland: Noch immer sind wir durch unsere fossilen Gasimporte anfällig für geopolitische Krisen. Heute noch auf eine Verlängerung dieser Gasabhängigkeit zu setzen macht uns politisch erpressbar, treibt Energiepreise in die Höhe, heizt die Klimakrise an und verhindert eine effiziente Infrastrukturplanung in unseren Kommunen. **Bitte setzen Sie alle Hebel in Bewegung, um den Gasverbrauch in Deutschland schnell und drastisch zu senken.**

Erneuerbare Energien decken bereits fast 60 Prozent unseres Strombedarfs.[1] Die Wärmeversorgung hingegen beruht noch immer zu ca. 80 Prozent auf fossilen Energien.[2] Dafür wird noch immer in großen Mengen fossiles Gas verbrannt. Ca. 40 Prozent des deutschen Gasbedarfs werden für die Beheizung von Gebäuden verwendet.[3]

Mit Putins Überfall auf die Ukraine mussten wir schmerzvoll lernen, dass Deutschland sich stark von Gasimporten abhängig gemacht hat. Hohe Strom- und Gaspreise sowie Versorgungsengpässe waren die Folge. Seit dem extremen Preissprung 2022 ist viel passiert: In vielen großen Kommunen liegt heute bereits eine Wärmeplanung vor, die den Weg aus der Gasversorgung aufzeigt. Die Wärmepumpe war 2025 erstmals Spitzenreiter bei neu verkauften Heizungen.[4] Und immer mehr Gebäude werden an Wärmenetze angeschlossen.[5]

Infrastrukturen. Hören Sie auf Stadtwerke-Verbände[10], Verbraucherschützer[11] sowie die Monopolkommission[12] und sorgen Sie für eindeutige Rahmenbedingungen. Nur eine geplante, schrittweise Ablösung der Gasnetze durch den abgestimmten Ausbau von Strom- und grünen Wärmenetzen ist kosteneffizient und umsetzbar.

Umweltinstitut München e.V. · GREENPEACE · German Zero · FRIDAYS FOR FUTURE · Deutsche Umwelthilfe · BUND · BUND Naturschutz in Bayern e.V. · KLIMA BÜNDNIS DEUTSCHLAND

ENTWURF

Noch nicht mitgezeichnet? So geht‘s!

www.umweltinstitut.org/energie-und-klima/mitmachaktionen/gaskostenfalle



Organisation

Logo-Upload

Kontaktperson

Noch nicht mitgezeichnet? So geht‘s!

www.umweltinstitut.org/energie-und-klima/mitmachaktionen/gaskostenfalle

Umweltinstitut München e.V.



Achtung: Ende Mitzeichnungsfrist ist am Sonntag (22. März)!

Organisation

Logo-Upload

Kontaktperson

Jetzt vor Ort aktiv werden –
Abgeordnete umstimmen

Franziska Buch, Campaigning

Warum Druck auf lokale Abgeordnete?

- Ihr seid potenzielle Wähler:innen
- Weg ist viel direkter als von NGO zu Bundeskanzler
- Stimmung im Wahlkreis ist für Abgeordnete wichtig
- Lesung im Bundestag zu Fracking-Gesetz wurde wegen Druck auf Abgeordnete abgesagt



Wen ansprechen?

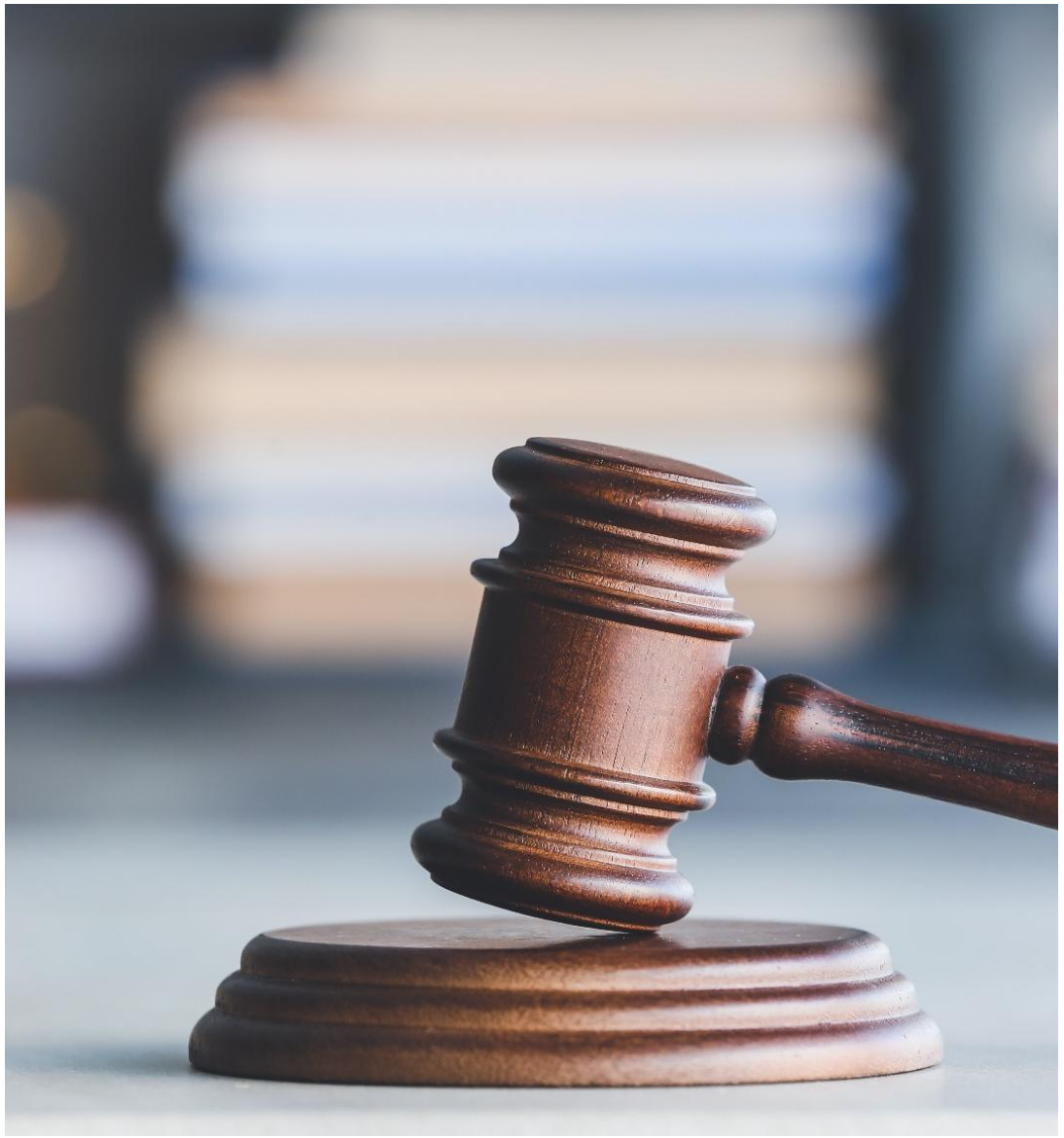
- Abgeordnete von Union und SPD
- Regierungsparteien sind in der Verantwortung für Heizungsgesetz
- Möglichst viele Ansprachen pro Mitglied des Bundestags



In welchem Zeitraum?

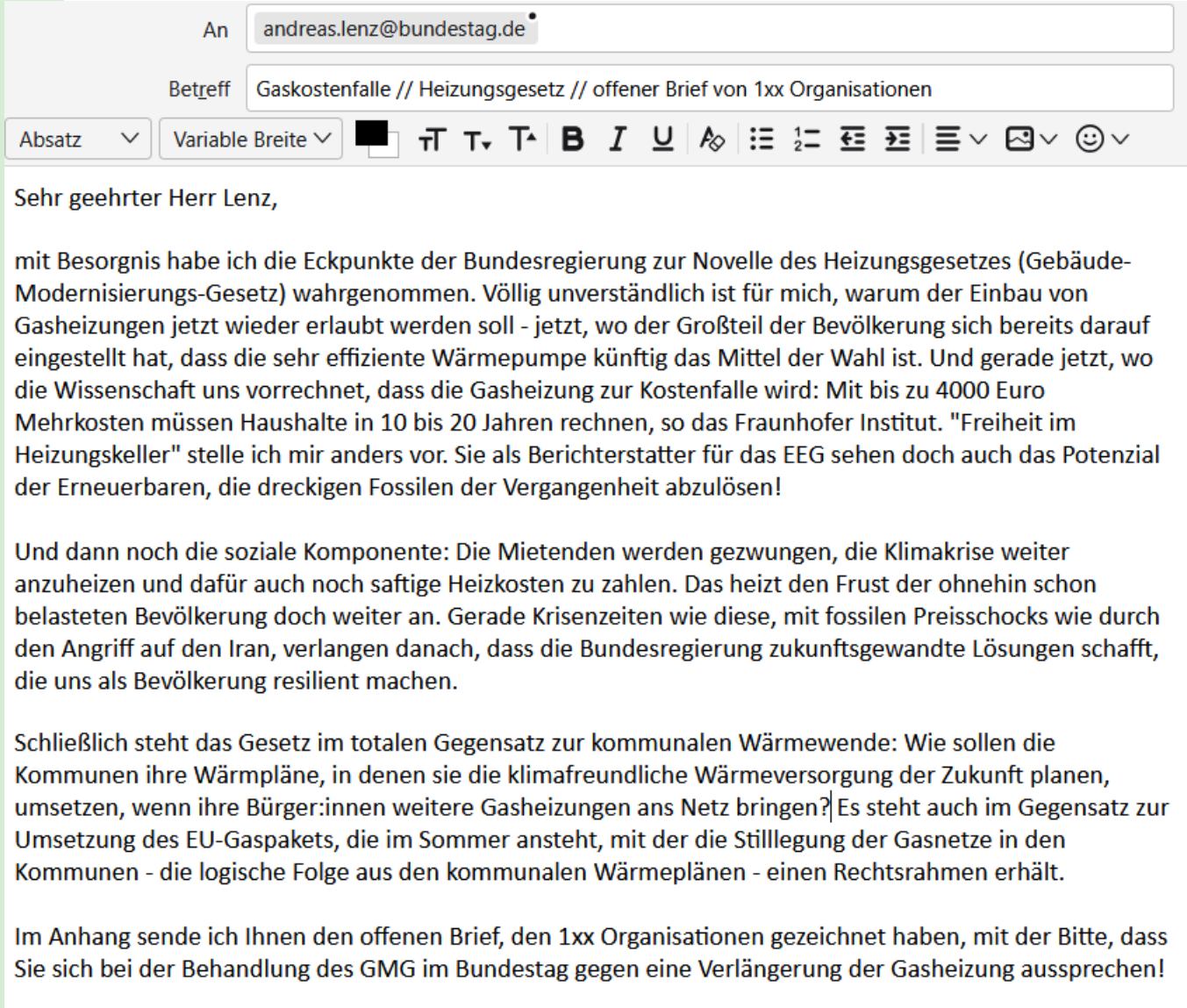
- Aktuell liegen Eckpunkte für Heizungsgesetz vor
- Kabinettsbeschluss vertagt: statt 25. März nach Ostern
- 1. und 2./3. Lesung im Bundestag voraussichtlich Mai
- Kann sich auch noch bis Juni/Juli verzögern

→ Wir haben genug Zeit!



Option 1: Mail an Abgeordnete

- Einfache Email mit Brief im Anhang
- Abgeordnete mit PLZ-Suche finden: https://www.bundestag.de/abgeordnete
- Email: vorname.nachname@bundestag.de
- Beispieltext rechts
- Option für Eilige, mit sehr geringem Zeitaufwand machbar
- Trotzdem signifikante Wirkung!



An: andreas.lenz@bundestag.de

Betreff: Gaskostenfalle // Heizungsgesetz // offener Brief von 1xx Organisationen

Absatz | Variable Breite

Sehr geehrter Herr Lenz,

mit Besorgnis habe ich die Eckpunkte der Bundesregierung zur Novelle des Heizungsgesetzes (Gebäude-Modernisierungs-Gesetz) wahrgenommen. Völlig unverständlich ist für mich, warum der Einbau von Gasheizungen jetzt wieder erlaubt werden soll - jetzt, wo der Großteil der Bevölkerung sich bereits darauf eingestellt hat, dass die sehr effiziente Wärmepumpe künftig das Mittel der Wahl ist. Und gerade jetzt, wo die Wissenschaft uns vorrechnet, dass die Gasheizung zur Kostenfalle wird: Mit bis zu 4000 Euro Mehrkosten müssen Haushalte in 10 bis 20 Jahren rechnen, so das Fraunhofer Institut. "Freiheit im Heizungskeller" stelle ich mir anders vor. Sie als Berichterstatter für das EEG sehen doch auch das Potenzial der Erneuerbaren, die dreckigen Fossilen der Vergangenheit abzulösen!

Und dann noch die soziale Komponente: Die Mietenden werden gezwungen, die Klimakrise weiter anzuheizen und dafür auch noch saftige Heizkosten zu zahlen. Das heizt den Frust der ohnehin schon belasteten Bevölkerung doch weiter an. Gerade Krisenzeiten wie diese, mit fossilen Preisschocks wie durch den Angriff auf den Iran, verlangen danach, dass die Bundesregierung zukunftsgewandte Lösungen schafft, die uns als Bevölkerung resilient machen.

Schließlich steht das Gesetz im totalen Gegensatz zur kommunalen Wärmewende: Wie sollen die Kommunen ihre Wärmpläne, in denen sie die klimafreundliche Wärmeversorgung der Zukunft planen, umsetzen, wenn ihre Bürger:innen weitere Gasheizungen ans Netz bringen? Es steht auch im Gegensatz zur Umsetzung des EU-Gaspakets, die im Sommer ansteht, mit der die Stilllegung der Gasnetze in den Kommunen - die logische Folge aus den kommunalen Wärmeplänen - einen Rechtsrahmen erhält.

Im Anhang sende ich Ihnen den offenen Brief, den 1xx Organisationen gezeichnet haben, mit der Bitte, dass Sie sich bei der Behandlung des GMG im Bundestag gegen eine Verlängerung der Gasheizung aussprechen!

Option 2: Bildaktion am Wahlkreisbüro

- Brief ausdrucken und im Büro der/des Abgeordneten von Union/SPD abgeben (persönlich oder Briefkasten)
- Adresse mit PLZ-Suche finden: https://www.bundestag.de/abgeordnete
- Foto vor dem Wahlkreisbüro mit selbstgemalten oder gedruckten Schildern und Bannern
- Foto auf Social Media streuen, ggf. Abgeordnete taggen
- Termin für ausführlicheres Gespräch vereinbaren
- Spontan und ohne große Vorbereitung umsetzbar



Angebot: Schilder kostenlos bestellen

- Ab heute Abend bestellbar unter info@umweltinstitut.org
- Schreibt einfach in die Mail, wieviele der 4 abgebildeten Schilder ihr braucht
- Wir schicken sie euch in wenigen Tagen an die angegebene Adresse



Option 3: Gesprächstermin vereinbaren

- Per Mail, telefonisch oder vor Ort im Büro Termin anfragen
- Persönliches Gespräch wirkt besonders intensiv
- Wir können die Abgeordneten emotional erreichen
- Gesprächsbasis: eigene Sorgen und Anliegen
- Nicht nötig, sich auf komplizierte Sachdiskussionen einzulassen



Option 3a: Mieter-Inis ins Boot holen

- Mieterinitiativen, Mieterbund, Paritätischer, Caritas vor Ort kontaktieren
- Gemeinsamen Gesprächstermin vereinbaren
- Soziale Komponente stark machen
- Besonders für Gespräche mit SPD-Abgeordneten interessant



Lasst uns loslegen!













Gibt es Fragen?

